

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates (*Auszug*)

Waldshut-Tiengen,
24. Februar 2014

Beginn der Sitzung: 18:05 Uhr
Ende der Sitzung: 19:45 Uhr

Ort: Tiengen, Öffentliche
Evangelischer Gemeindesaal Sitzung

16.

Generalsanierung Stadthalle und Hallenbad Waldshut: Ergebnis der Bürgerversammlung

Oberbürgermeister Albers berichtet über den Verlauf der Bürgerversammlung am 13. Februar in der Stadthalle Waldshut, an der neben zahlreichen Gemeinderatsmitgliedern und Verwaltungsangehörigen etwa 150 interessierte Bürgerinnen und Bürger teilgenommen hätten. Im Anschluss an die Versammlung hätten sich noch etwa 7-8 Personen mittels bereit gelegtem Fragebogen schriftlich gemeldet, bei denen hauptsächlich die bereits in der Bürgerversammlung genannten Themen angesprochen worden seien. Die Wortmeldungen betrafen im wesentlichen die Themen Platzgestaltung, Verkehrsführung Friedrichstraße, Parkplatzsituation in Hallennähe, vor allem in der Moltkestraße. Insgesamt sei aber eine große Zustimmung zu den vorgestellten Umbauplänen der Stadthalle und des Hallenbades mit Sauna geäußert worden, so dass er das Fazit ziehe, dass die Architektengruppe so weiterplanen könne, wobei es noch einzelne Punkte gebe, die noch aufzuarbeiten seien.

Stadtrat Josef Rimmele, CDU-Fraktion, bestätigt diesen Eindruck ebenfalls.

Stadtrat Gerhard Vollmer, SPD-Fraktion, nennt außerdem das vorhandene Blockheizkraftwerk als zusätzliches Argument, diesen Standort beizubehalten. Oft werde er gefragt, ob auch im Schwimmerbecken wieder ein Hubboden eingebaut werde.

Auf die Frage von Stadtrat Günter Heinrich, SPD-Fraktion, ob es schon eine Zustimmung des Landkreises für die Platzgestaltung auf der gegenüberliegenden Seite der Friedrichstraße gebe, antwortet der Oberbürgermeister, dass der Landkreis bisher noch nicht gefragt worden sei.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser, GRÜNE-Fraktion, meint, dass bei der Bürgerversammlung deutlich geworden sei, dass es durch die verschiedenen Nutzungen seitens der Nutzergruppen unterschiedliche Anforderungen an Stadthalle und Hallenbad geben würde. Es sei aber auch deutlich geworden, dass die Bevölkerung dies weitgehend akzeptiere und auch so haben möchte, so dass seine Fraktion die Suche nach Standortalternativen nicht mehr weiterverfolgen werde.

Stadtrat Gerd Jacobshaben, CDU-Fraktion, meint, dass die Erreichbarkeit von Halle, Hallenbad und Sauna durch Parkplätze in der Nähe gewährleistet sein muss; er möchte deshalb diese Thematik zusammen mit der Platzgestaltung separat geklärt haben.

Der Oberbürgermeister weist auf die beengten Verhältnisse und die begrenzte Kapazität in der Moltkestraße hin und schlägt vor, diese Fragen im Stadtentwicklungsausschuss zu behandeln.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, regt an, die Erreichbarkeit der Stadthalle in das Parkleitsystem aufzunehmen. Außerdem schlägt er vor, auf dem Geländestreifen entlang der Bahn zwischen Unterführung und Café Stellwerk Parkplätze anzulegen; seines Erachtens sei dort Platz für ca. 40 Parkplätze.

Oberbürgermeister Albers sagt eine Überprüfung durch das Stadtplanungsamt zu.

17.

**Kinderkrippe Trottengasse:
Baukostenabrechnung**

Oberbürgermeister Albers verweist auf die Sitzungsvorlage und stellt fest, dass der Gemeinderat die beigefügte Baukostenabrechnung „Trottengasse 7 – Umbau zur Kinderkrippe“ zur Kenntnis nimmt.

18.

**Kinderhaus St. Marien:
Baukostenabrechnung**

Oberbürgermeister Albers verweist auf die Sitzungsvorlage und stellt fest, dass der Gemeinderat die beigefügte Baukostenabrechnung „Neubau Kinderhaus St. Marien“ zur Kenntnis nimmt.

19.

**Pflegeheim Tiengen und Betreutes Wohnen:
Entsorgungskosten**

Oberbürgermeister Albers begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Sänger vom Landratsamt und Herrn Lachenauer als Projektleiter der Firma FWD. Er erläutert die Sitzungsvorlage und weist darauf hin, dass es sich nicht um Altlasten handle, die auf die Nutzung durch die Voreigentümer zurückzuführen seien. Man habe bereits überprüft, ob eine Zwischenlagerung, z.B. auf dem Festplatz an der Wutach, und ein späterer Einbau möglich sei; dies sei aber u.a. wegen Veranstaltungen auf dem Festplatz nicht möglich.

Herr Sänger erläutert die Verwaltungsvorschrift „Boden“, nach der der Einbau von Aushubmaterial als Untergrund bei Straßenbaumaßnahmen oder unter Gebäude- oder Hofflächen nur unter Einhaltung bestimmter Grenzwerte zulässig sei.

Der Oberbürgermeister weist auf das Platzproblem hin, um nach Schadstoffklassen getrennte Haufen bilden zu können. Die einzigen Möglichkeiten hierfür seien die Bahnhofstraße selbst und der dortige Parkplatz; man werde beide Möglichkeiten prüfen, wobei dann einzelne Nutzergruppen, wie z.B. Finanzamtsbedienstete, Einschränkungen in Kauf nehmen müssten.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, für die Entsorgung der belasteten Böden aus dem FWD-Grundstück, außerplanmäßige Haushaltsmittel in Höhe von 600.000 € bereit zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

20.

Neubau Matthias Claudius-Haus: Beitrag der Stadt – Bewilligung außerplanmäßiger Ausgaben

Oberbürgermeister Albers informiert über die ausführliche Vorberatung im Stiftungsrat und erläutert die Sitzungsvorlage.

Stadtrat Josef Rimmele erklärt für die CDU-Fraktion Zustimmung.

Stadtrat Gerhard Vollmer, SPD-Fraktion, erklärt ebenfalls grundsätzliche Zustimmung und stellt u.a. die Frage, ob für den Bereich des Betreuten Wohnens eine Vermietung oder, wie in Tiengen, ein Verkauf als Eigentumswohnungen vorgesehen sei.

Der Oberbürgermeister verneint dies und meint, dass bisher lediglich eine Absichtserklärung der Diakonie vorliege, dort Wohnungen für Betreutes Wohnen einzurichten, aber erst wenn die Neubaumaßnahmen abgeschlossen sind.

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, erkundigt sich, ob es nicht kostengünstiger wäre, zuerst das Pflegeheim Tiengen fertig zu stellen, die Bewohner dann nach Tiengen umzusiedeln um dann das Matthias-Claudius-Haus in einem Zuge erstellen zu können.

Der Oberbürgermeister antwortet, dass für das Pflegeheim Tiengen ein eigener Bedarf bestehe und dieses aufgrund fehlender Pflegekräfte während der ersten drei Jahre nicht voll belegt werden könne, so dass es als Übergangslösung nicht geeignet sei.

Auf die Frage von Stadtrat Günter Heinrich, SPD-Fraktion, ob mit der Diakonie ein Kaufpreis für die zu erwerbenden Grundstücke ausgehandelt sei, antwortet der Oberbürgermeister, dass man der Evangelischen Kirche hierzu ein Angebot gemacht habe und die Zustimmung des Oberkirchenrates abgewartet werden müsse.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, für den Neubau des Matthias-Claudius-Hauses an den Spitalfond einen Zuschuss in Höhe von 1,2 Mio. €, verteilt auf die Jahre 2014, 2015 und 2016 zu leisten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Stadtrat Dieter Zauft hat wegen Befangenheit an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

21.

Gemeinderat als Verwaltungsrat der Spitalstiftung: Neubau Matthias-Claudius-Haus

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage. Er weist hierbei darauf hin, dass bezüglich der Gesamtkosten noch Unsicherheiten bestehen würden, die zwar nicht auf belastetes Aushubmaterial zurückzuführen seien wie beim Pflegeheim in Tiengen, sondern durch im Hang evtl. vorhandenes Wasser. Der Oberbürgermeister erklärt, dass aufgrund der finanziellen Verhältnisse bei der Spitalstiftung, die künftige Unterstützung und Finanzierung von Vorhaben im Spital durch diese Maßnahme nicht gefährdet seien.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Verwaltungsrat beschließt den Bau des neuen Matthias-Claudius-Hauses durch die Stiftung. Die Stiftung erwirbt von der evangelischen Kirchengemeinde das für das Bauvorhaben benötigte Grundstück. Die Stiftung schließt mit dem Diakonieverein einen Pachtvertrag über den Betrieb eines Pflegeheims im neuen MCH. Näheres beschließt der Stiftungsrat. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass Stadt und Diakonieverein sich zur Übernahme der in der beigefügten Vorlage genannten Beträge verpflichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Stadtrat Dieter Zauft hat wegen Befangenheit an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

22.**Neubau Asylbewerberunterkunft:
Auftragsvergaben**

Oberbürgermeister Albers erläutert die beigefügte Tischvorlage.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag zur Ausführung der Sanitär- und Lüftungsinstallationen an die einzigste Bieterin, Firma Kaiser GmbH, Waldshut-Tiengen, zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

23.**Straßennamen für das Baugebiet Bergstadt III**

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage und ergänzt, dass Akazien bei uns nicht vorkommen würden, sondern die sog. Scheinakazie bzw. Robinie, so dass der Verwaltungsvorschlag 1 in „Robinienweg“ abgeändert werde.

Stadtrat Gerhard Vollmer, SPD-Fraktion, schlägt folgende Straßennamen vor:

Bereich A-B Akazienweg bzw. Robinienweg

Bereich C-D Erlenweg

Bereich E-D Fichtenweg

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, spricht sich für den Verwaltungsvorschlag 2 aus.

Stadträtin Erika Walde, FDP-Fraktion, schlägt Weißdornweg und Sanddornweg vor.

Nach weiterer Erörterung schlägt der Oberbürgermeister zusammenfassend nachfolgende Straßennamen vor:

Bereich A-B Weißdornweg

Bereich C-D Schlehenweg

Bereich E-D Fichtenweg

Der Oberbürgermeister lässt über den Vorschlag der SPD-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Gemeinderat benennt die Straßen im Baugebiet Bergstadt III gem. beigefügtem Plan wie folgt:

Bereich A-B	Robinienweg
Bereich C-D	Erlenweg
Bereich E-D	Fichtenweg

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt

Oberbürgermeister Albers übergibt für den nächsten Tagesordnungspunkt die Sitzungsleitung an Bürgermeister Beck.

24.**Ausgleichsmaßnahmen Waldumwandlung Bergstadt III:
Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel**

Bürgermeister Beck erläutert die Sitzungsvorlage.

Stadtrat Günter Heinrich, SPD-Fraktion, schlägt als Ausgleichsmaßnahmen einen weiteren Rückbau des Bergfriedhofes vor und begründet dies mit dem Trend zur Urnenbestattung.

Bürgermeister Beck sagt eine diesbezügliche Überprüfung zu.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der außerplanmäßigen Mittelbereitstellung auf der Haushaltsstelle 02.6300.956000 – VKZ 624 in Höhe von 340.000 € für die Durchführung der Ausgleichsmaßnahmen für das Neubaugebiet Bergstadt III zu.

Abstimmungsergebnis:

Bei 1 Nein-Stimme
mehrheitlich zugestimmt

Oberbürgermeister Albers übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

25.**Baugebiet „Innere Bergäcker“, Breitenfeld:
generelle Kaufpreisfestlegung**

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Ortsvorsteher Jürgen Bacher teilt mir, dass der Ortschaftsrat Breitenfeld dem Verwaltungsvorschlag einstimmig zugestimmt habe.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Kaufpreis für das Baugebiet „Innere Bergäcker“ für Einheimische auf 80,00 €/m² inklusive Erschließungskosten und für Auswärtige auf 130,00 €/m² inklusive Erschließungskosten festzusetzen. Um einen zusätzlichen Anreiz für auswärtige Familien zu schaffen, wird ein Kinderrabatt in Höhe von 5.000,00 € je Kind beschlossen. Ferner beschließt der Gemeinderat, dass zwei der insgesamt vier Bauplätze für einheimische Interessenten vorbehalten werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

26.**Winterdienstzulage:****Beschluss**

Oberbürgermeister Albers verweist auf die Sitzungsvorlage.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit Wirkung zum 01.03.2014:

Die Einführung einer jederzeit widerruflichen Winterdienstzulage für die Mitarbeiter/innen des Baubetriebshofes, der Stadtgärtnerei und des Forstes. Die Zulage beträgt 30% des auf eine Stunde anfallenden Anteils des Tabellenentgeltes der Stufe 3, der jeweiligen Entgeltgruppe. Die Zulage fällt an für Winterdienstesätze vor 6 Uhr bzw. nach 18 Uhr, sowie an Samstagen, Sonn- und Feiertagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

27.**Spenden**

Oberbürgermeister Albers verliest Spenden gemäß beigefügter Zusammenstellung.

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt die Entgegennahme und Weiterleitung der in beigefügter Zusammenstellung aufgeführten Spenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

28.**Bekanntgaben****Bürgschaft für Darlehen der Stadtwerke GmbH**

Oberbürgermeister Albers gibt die Bürgschaft für ein Darlehen der Stadtwerke GmbH gemäß beigefügter Zusammenstellung bekannt.

Eilentscheidungen

Oberbürgermeister Albers gibt nachfolgende Eilentscheidung bekannt:

- Grunderwerb für das neue Gewerbegebiet „Vordere Rohhalde Gurtweil gemäß beigefügter Vorlage.

29.

Verschiedenes

Einladung Ahmadiyya Muslim Jamaat

Oberbürgermeister Albers weist auf die beigefügte Einladung von Ahmadiyya Muslim Jamaat auf Samstag, 1. März 2014 hin, wo vor allem die Pläne zur Renovierung und Fassadenumbau der Moschee in der Badstraße vorgestellt werden.

Räumlichkeiten für Pfadfinder Waldshut

Oberbürgermeister Albers informiert darüber, dass sich die Pfadfinder Waldshut als Ersatz für die aus Brandschutzgründen nicht mehr benutzbaren Räume im Kornhaus, für Räume in der Grieshaberstraße (BBZ/GWA) interessieren würden. Die erforderliche Miete und Umbaukosten werden noch ermittelt und kommen dann auf die Tagesordnung.

Tennisclub Gurtweil - Platzpflegegerät

Oberbürgermeister Albers informiert darüber, dass der Tennisclub Gurtweil ein neues Platzpflegegerät benötigt und wegen einer gemeinsamen Beschaffung mit dem Tennisclub Tiengen sprechen möchte. Er habe hierfür einen Zuschuss von 2.000 € in Aussicht gestellt.

Fahrradabstellanlage beim Hoahrhein-Gymnasium

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, erkundigt sich nach dem Sachstand bezüglich Anschaffung einer Fahrradabstellanlage für das Hoahrhein-Gymnasium.

Hochbauamtsleiter Martin Gruner antwortet, dass der Förderverein der Schule die Finanzierung einer solchen Anlage in Aussicht gestellt habe; man habe etwa vor einem halben Jahr die Kosten ermittelt und diese der Schule mitgeteilt – seither habe man nichts mehr von dieser Angelegenheit gehört.

30.

Fragestunde

Parkplätze für Stadthalle/Hallenbad

Ein Bürger aus Waldshut nimmt Bezug auf die in der Sitzung angesprochene Parkplatzproblematik für Stadthalle und Hallenbad und schlägt vor, auf dem Chilbiplatz ein Parkhaus zu erstellen.

Oberbürgermeister Albers antwortet hierauf, dass nach seiner Einschätzung die Bevölkerung noch nicht bereit sei, für solche Parkmöglichkeiten auf dem Chilbiplatz zu bezahlen.

Zwischenlagerung von belastetem Aushubmaterial

Ein Bürger aus Waldshut schlägt in Bezug auf die hohen Kosten für die Behandlung von belastetem Aushubmaterial vor, ein geeignetes Gelände zur Zwischenlagerung anzumieten und nennt hierzu ein Beispiel aus der Schweiz.

Oberbürgermeister Albers antwortet hierauf, dass dies in Deutschland nicht so ohne weiteres zulässig sei.